

## **Konferenzberichte / Conference Reports**

### **Japan im Widerstreit von Reformstau und Neuorientierung**

München, 7. Juli 2003

Erstarrtes Parteiensystem, überfällige Strukturreformen, Wirtschaftskrise, umstrittene Neuausrichtung der Außenpolitik – Schlagwörter, die hierzulande seit langem die politische Diskussion der Bundesrepublik beherrschen. Auch bei einem Round Table Workshop der BMW-Stiftung Herbert Quandt und des Seminars für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg bestimmten diese Begriffe die Debatte – Thema war hier allerdings „Japan im Widerstreit von Reformstau und Neuorientierung“. Als roter Faden zog sich dann auch der Vergleich zwischen Japan und Deutschland durch die Vorträge und Diskussionen, wobei deutlich wurde, dass trotz ähnlicher Symptome ganz verschiedene Ursachen vorherrschen können.

So wies Manfred Pohl (Universität Hamburg) darauf hin, dass selbst die Korruption in den beiden Ländern eine unterschiedliche Qualität besitze: „In Japan ist die Korruption dem staatlichen Wohl verschrieben, nicht dem Eigennutz.“ Ähnlich differente Wurzeln habe der beiden Ländern attestierte Reformstau: dieser resultiere zwar jeweils aus verfestigten Strukturen, bei Japan komme aber noch ein Mangel an Demokratietradition hinzu.

Daran habe auch der „Paradiesvogel“ Koizumi Junichirô nichts geändert; der derzeitige Ministerpräsident präsentiere sich zwar als Vertreter eines neuen, jungen Japans, sei aber tatsächlich ein reinrassiger LDP-Politiker. Die Unfähigkeit zur politischen Reform werde in seiner Person fortgeführt. Denn die mit einer zweijährigen Ausnahme seit Kriegsende ununterbrochen regierende LDP habe sich, so Pohls These, im Kern überhaupt nicht geändert, ihre Hegemonie bleibe ungebrochen. So seien auch die Entscheidungsprozesse in der Politik und innerhalb der Parteien die gleichen geblieben. Die Tatsache, dass in den vergangenen zehn Jahren 13 Ministerpräsidenten in kurzem Abstand aufeinander folgten, belege, dass die japanische Politik keine starken Politiker vertrage.

Auch die Koalitionsbeteiligung der New Komeito (Neue Fortschrittspartei) habe keine Veränderungen gebracht: so habe die Friedenspartei trotz Bedenken die kriegerischen Handlungen im Irak mitgetragen und sei im

Profil völlig schwammig geworden. Die Kommunistische Partei Japans sei dagegen für einen „guten Japaner“ schlichtweg nicht wählbar. Als Erklärung für die trotz der offenkundigen Missstände geringe öffentliche Empörung attestierte Pohl dem japanischen Wahlvolk eine Neigung zu Zynismus und Gleichgültigkeit. Hinzu komme die Unfähigkeit der japanischen Medien, eine glaubhafte Kontrolle auszuüben. Letztlich seien die Streitkräfte und die Yakuza die einzigen funktionierenden Kräfte.

Ein düsteres Bild, dem nicht alle Tagungsteilnehmer zustimmen wollten. So verwies der japanische Generalkonsul Yoichi Shimizu darauf, das Japan bereits vor 1945 über demokratische Strukturen verfügt habe. Weiterhin wurde dem Referenten entgegengehalten, Japan habe durch den von der LPD klaglos akzeptierten Machtwechsel Mitte der neunziger Jahre die Feuerprobe einer Demokratie bestanden. Pohl entgegnete, es habe lediglich ein Regierungs-, nicht aber ein Machtwechsel stattgefunden, und auch dieser sei erst durch Abspaltungen von der Hegemonialpartei möglich gewesen. So hätten sich auch die Ministerpräsidenten während der Regierungsbeteiligung der Sozialisten aus einstigen LPD-Politikern rekrutiert.

Nicht eine apolitische Grundhaltung, sondern schlichtweg einen Mangel an Alternativen sah dagegen Hanns W. Maull (Universität Trier) als Ursache für die Passivität der japanischen Wähler: „Sie haben schon so ziemlich alles ausprobiert, was man machen kann.“ Dagegen war der von Maull behandelte Bereich der Außenpolitik von einer ganz aktuellen Dynamik bestimmt. In der internationalen Politik habe Japan nach dem Ende des Kalten Krieges neben der Sowjetunion relativ am meisten verloren. Neben Staatszerfall und Terrorismus stelle der Aufstieg Chinas die größte strategische Herausforderung dar. Hinzu kämen Krisenherde in Ostasien wie die Taiwan-Straße und das von Maull als „Zombiestaat“ charakterisierte Nordkorea: „Ein Staat, der gar nicht mehr lebt, es selber nur noch nicht weiß.“ In einem Zeitfenster von 20 bis 25 Jahren werden sich aber seiner Einschätzung nach Japan und Korea als die beiden ostasiatischen Mittelmächte etabliert haben. Auch wenn eine Vereinigung Koreas schwer zu prognostizieren sei, zeigte sich Maull überzeugt, dass die beiden Landeshälften diese besser bewältigen würden als Deutschland.

Während sich Deutschlands Verhältnis zu den USA seit dem jüngsten Golfkrieg deutlich eingetrübt hat, gilt Japan nach Großbritannien als der wichtigste Verbündete der Vereinigten Staaten. Hier sei die militärische und sicherheitspolitische Kooperation deutlich vertieft worden: durch die Unterstützung der Einsätze in Afghanistan und im Irak, durch die Zusammenarbeit in der koreanischen Nuklearkrise und durch eine Beteiligung am „Theatre Missile Defense“ (TMD)-System. All dies sei Teil einer Kurskorrektur, die das Ende der „Kultur der Chrysanthe“ bedeute.

Auch für Frank Umbach (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) in Berlin hat sich in der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Jahr 2003 mehr gewandelt als in den gesamten 20 Jahren zuvor. Grund hierfür sei ein in der japanischen Gesellschaft vorherrschendes Gefühl der Verwundbarkeit. Das ursprüngliche Zivilmachtmodell gelte als gescheitert, die militärische Komponente erhalte größeres Gewicht als die wirtschaftliche. So habe das Militär durch die im Juni verabschiedeten Notstandsgesetze deutlich mehr Handlungsspielraum für den Fall eines feindlichen Angriffs erhalten. Auch insistiere Japan verstärkt auf einem Sitz im UN-Sicherheitsrat. Vor einer Remilitarisierung oder einem wiedererstarkten Nationalismus müsse man sich dennoch nicht fürchten, solange Japan in das internationale System und in die engen Beziehungen zu den USA eingebettet sei. Japan reagiere vielmehr, wie bereits oft in seiner Geschichte, auf externe Entwicklungen, der neue Kurs werde auch von den Nachbarstaaten begrüßt.

Dem hielt Jürgen Rüländ (Universität Freiburg) entgegen, dass bei der ASEAN nach wie vor eine reflexartige Furcht vor einer japanischen Remilitarisierung herrsche. Bernd Martin (Universität Freiburg) sah Japan in Ostasien nach wie vor politisch isoliert; das Land habe in der Region keine Verbündeten, die Last der Geschichte sei auch heute noch erdrückend.

Zumindest wirtschaftlich gewinne aber Asien für Japan an Bedeutung, führte Cornelia Storz (Universität Marburg) aus. So habe man bereits eine Freihandelszone mit China vereinbart, mit Thailand sei ein entsprechendes Abkommen in Vorbereitung. Solche Impulse seien aber auch dringend nötig, denn der Anteil Japans am Weltexportmarkt sei in den vergangenen zehn Jahren deutlich gesunken. Auch beim Binnenmarkt gelte es Struktur-schwächen zu beseitigen. Einer Stimulierung stehe aber noch der unzureichende Wettbewerb etwa im Bereich der Telekommunikation entgegen; zwar habe man schrittweise mit der Deregulierung begonnen, deren Umsetzung sei aber noch unzureichend.

Werner Pascha (Universität Duisburg) bescheinigte Japan dagegen, bereits erhebliche Reformanstrengungen unternommen zu haben. Vor allem beim Arbeitsmarkt sei die Lohnflexibilität mittlerweile beachtlich. Die Arbeitsformen seien im Fluss, wie sich auch am Phänomen der *free-ter* genannten Teilzeitarbeiter zeige. Allerdings herrschten weiterhin Defizite bei Hilfsprogrammen für Arbeitslose und Jugendliche. Bei der Firmenkontrolle durch *Corporate Governance* seien Fortschritte zu beobachten, im Finanzbereich beständen allerdings echte Probleme, hervorgerufen vor allem durch die ungelöste Aufarbeitung der faulen Kredite.

Paschas Fazit, Japan sei bei der Aufarbeitung des Reformstaus trotz aller Einschränkungen bereits weiter als Deutschland, wollten allerdings nicht

alle Teilnehmer zustimmen, sie wiesen vor allem auf die enorme Staatsverschuldung und die drohende Deflationsfalle hin. Dennoch setzte sein Ausblick einen etwas optimistischeren Kontrapunkt zu der zumindest im Bereich der Innenpolitik vorherrschenden Einschätzung einer perspektivlosen Politik. Unabhängig davon, wie die Teilnehmer die Entwicklungen in den beiden Ländern gewichteten, kristallisierte sich doch ein einvernehmliches Fazit heraus: Sowohl in Japan als auch in Deutschland sind die strukturellen und ökonomischen Herausforderungen und ihre Brisanz offensichtlich. Offen bleibt nur die Frage, ob die jeweiligen politischen Klassen die Kraft haben, die zu ihrer Bewältigung notwendigen Anstrengungen zu unternehmen.

*Stefan Rother*

### **Major Powers and South Asia**

Islamabad, 11–13 August 2003

Had it not been for the infamous incidents of September 2001, South Asia might have remained on the periphery of international politics. This at least was one conclusion from the conference "Major Powers and South Asia", held in Islamabad, Pakistan, from 11 to 13 August. Hosted by the Institute of Regional Studies (IRS), scholars from the U.K., France, Germany, Russia, Japan, China, the U.S. and the subcontinent analysed the current status and future prospects of South Asia's relations with major international actors in the light of recent events in the region. Each panel included presentations from the Pakistani perspective.

Described by many observers as a decisive moment in international relations, the so-called 9/11 attacks literally turned, overnight, the subcontinent, and especially Pakistan and Afghanistan, into a hotspot of international security, or rather, its Achilles heel, according to some official statements. The sudden prominence of both countries which had dramatically lost their geo-strategic appeal after the demise of the Soviet Union resulted in the withdrawal of sanctions, the resumption of economic assistance and arms exports and the provision of additional incentives. Pakistan, until recently considered to be on the verge of economic collapse, quickly opted to join the drive to oust the Taleban government in Afghanistan – a delicate move by President Musharraf that faced resistance from groups that opposed the U.S. intervention and those which have strong inter-tribal relations with their Afghan neighbours. This balancing act improved Pakistan's relations with the United States, as Stephen Cohen (Brookings Institution) pointed